

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zł., monatlich 4,80 Zł. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 Zł. Bei Postbezug vierteljährlich 16,08 Zł., monatlich 5,36 Zł. Unter Streifenband in Polen monatlich 8 Zł., Danzig 8 Gld. Deutschland 2,50 R.-M. — Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einpaltige Reflektierzeile 100 Groschen. Danzig 10 bz. 70 Dz. Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzvorrückung und schwerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Güte des Erscheinens der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postfachkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 131.

Bromberg, Dienstag den 11. Juni 1929.

53. Jahrg.

Was geht in Madrid vor?

Widersprechende Meldungen über das Schicksal des Londoner Dreierberichts.

Der Warschauer „Głos Prawdy“, ein halbamtliches Organ, meldet aus Madrid:

Der Völkerbundrat nahm am Sonnabend das Londoner Memorial über die nationalen Minderheiten mit 14 gegen 3 Stimmen Deutschlands, Kanadas und Finnlands an. Die Bemühungen, die Diskussion über das Memorial bis zum Herbst zu vertagen, sind somit gescheitert. Am Montag tritt die Kommission des Rats nochmals zusammen, um einen endgültigen Beschluß zu fassen. Es wird jedoch angenommen, daß nur die formale Seite der Sache erledigt werden wird, um den endgültigen Bericht über die Annahme der Auffassung der Dreierkommission in London anzuarbeiten. Die deutschen Forderungen wurden abgelehnt; angenommen wurden nur gewisse kleine Änderungen. In der Montagtagung sollen Stresemann, Quinones de Leon und Adachi längere Reden über Minderheitenfragen halten.

Nach einer weiteren Meldung des „Głos Prawdy“ vom 8. d. M. wurden ohne Diskussion elf Punkte angenommen, die die Richtlinien des von Adachi ausgearbeiteten Londoner Berichts bilden. Abgelehnt wurde die Forderung Deutschlands auf Aufhebung der Bestimmung, nach welcher die interessierten Staaten der Dreierkommission nicht angehören dürfen; abgelehnt wurde ferner der Vorschlag, die Dreierkommission überhaupt zu erweitern. Der deutsche Delegierte von Schubert erklärte, daß er an den bisherigen Vorbehalten festhalten müsse. Adachi erwiderte, daß nach den Sonnabend-Beschlüssen wesentliche Änderungen nicht mehr möglich seien.

Demgegenüber weiß der Madrider Korrespondent des „Berliner Tageblatt“ folgendes zu melden:

Zu der Geheimsetzung des Ratiskomitees am Sonnabend wurde der von Adachi und Quinones de Leon am Freitag zusammengestellte Ergänzungsbericht zu dem Dreier-Bericht Punkt für Punkt durchgesprochen und gegen den weitestgehenden Widerstand des kanadischen Delegierten Dandurand und des finnischen Procopé gebilligt. Herr von Schubert machte verschiedene Vorbehalte, insbesondere protestierte er energisch gegen die Beibehaltung der Vorschrift, daß interessierte Staaten von der Mitwirkung bei der Beratung von Minderheitenbeschwerden ausgeschlossen sein sollen. Titulescu erklärte, daß er für die kleinen Verbesserungen des Minderheitenverfahrens, die der Dreierbericht vorschlägt, nur unter der Bedingung zu haben sei, daß der Dreierbericht ein unteilbares Ganzes bilde. Die weitere Besprechung der Frage der Minderheiten wurde dann auf Dienstag verlagert. Offenbar bestand bei verschiedenen Ratismitgliedern das Bestreben, den Dreierbericht möglichst rasch im Ratiskomitee durchzusetzen. Das hätte eine schwere Schädigung der Minderheiteninteressen bedeutet. Sie ist verhindert worden. Die Beratung im Ratiskomitee wird während der nächsten Woche parallel zur Ratstagung fortgesetzt werden. In der Komiteesitzung am nächsten Dienstag wird dann auch Stresemann Gelegenheit gegeben sein, selbst das Wort zu nehmen und die von ihm so energisch aufgerollte Minderheitenfrage persönlich vorwärts zu bringen. Schon in der Sonnabend-Sitzung hat Herr von Schubert sehr deutlich darauf hingewiesen, daß die deutsche Delegation sich nicht mit den vom Dreierkomitee vorgelegenen kleinen technischen Verbesserungen abgeben lasse, sondern unter allen Umständen gezwungen wäre, den Fragenkomplex aufzurollen.

Der ungenutzte Leser wird zugeben müssen, daß die polnische und die deutsche Meldung über die Vorgänge in Madrid sich erheblich widersprechen. An der polnischen Meldung ist zunächst unrichtig, daß der Völkerbundrat über den Londoner Bericht abgestimmt habe. Der Völkerbundrat hat sich überhaupt noch nicht mit dem Bericht befaßt. Der heftige Streit der Meinungen geht im Ratiskomitee vor sich, dem allerdings sämtliche Ratidelegierten angehören. Ebenso erscheint es uns schleierhaft, warum Herr Adachi nach einer vom Sonnabend datierten Meldung des „Głos Prawdy“ jede Änderung an den vermeintlichen Sonnabend-Beschlüssen abgelehnt haben sollte. Das Warschauer Blatt hätte schon seine Ergänzungs-meldungen vor datieren müssen, um seine Tendenznachrichten glaubwürdiger erscheinen zu lassen.

Es ist kein Gedanke daran, daß die dank der Ober-schleusen-Rede des Herrn Außenministers Zalessi in der letzten Dezembertagung des Völkerbunds rat angeordnete Minderheitendebatte bereits begraben wurde. Im Gegenteil: der Kabinettswechsel in London hat ihre neue Lebenskräfte eingepuht. Will der „Głos Prawdy“ im Ernst seine Leser glauben machen, daß der englische Delegierte in Madrid, der nicht mehr Herr Chamberlain, sondern Herr Henderson vertritt, seine Stimme bereits der Front der Minderheitengegner verschrieben habe? Neben der deutschen Ratstimme wird mindestens die Stimme eines zweiten ständigen Ratismitgliedes, nämlich Englands, die Fortsetzung und Vertiefung der Minderheitenfrage im Völkerbund verlangen. Der „Głos Prawdy“ hat die Totengräber zu früh bestellt.

Wie erbittert der Kampf um die Minderheiten-Denkchrift in Madrid sein wird, geht allerdings schon daraus hervor, daß Stresemann, der am Sonnabend in der spanischen Hauptstadt eingetroffen ist und von Primo de Rivera selbst begrüßt wurde, sich sofort gegen die Unterstellung einer spanischen Zeitung verwehren mußte, die ein Gespräch mitgeteilt hatte, wonach Stresemann auch für die Rechte der katalanischen Minderheit eintreten werde. Stresemann hatte überhaupt kein Interesse wie erteilt und so folgte auf Befehl der spanischen Regierung sofort ein kategorisches Dementi. Man geht wohl nicht sehr in der Vermutung, daß dieser Schwindel von

Begnern der Minderheiten angezettelt wurde, um die spanische öffentliche Meinung gegen das Vordringen des deutschen Außenministers einzunehmen.

Blutige Zusammenstöße in Lemberg. Bewaffnete Studenten greifen die Polizei an.

Lemberg, 10. Juni. Nachdem hier einige Tage lang Ruhe geherrscht hatte, bildete sich am Freitagabend auf dem Platz der Dimesse wiederum ein Zug von studentischen Korporationen, an dessen Spitze Studentinnen schritten. Die hiervon in Kenntnis gesetzte berittene Polizei zerstreute die Demonstranten, die gegen den Starosten gerichtete Rufe ausstießen. Die Demonstranten begaben sich nun in kleineren Gruppen nach der Stadt, wo sie sich wiederum zu einem Zug zusammenschlossen, der sich zum Mickiewicz-Denkmal zu bewegte. Dort wurden nach der Melodie der „Ersten Brigade“ die Polizei und den Stadtkorosten verhöhnende Rieder gesungen. Die Polizeikommandantur entsandte einige Kavautos mit Polizisten, sowie eine Abteilung berittener Polizei. Beim Anblick der Polizisten schrien die Demonstranten: „Nieder mit der den Juden dienenden polnischen Polizei!“ Die Polizei mußte wiederholt einschreiten, und da sie auf heftigen Widerstand stieß, war sie gezwungen, von ihren Säbeln Gebrauch zu machen. Sie wurde dabei mit einem Stein-hagel überschüttet. Am Zuge nahm auch städtischer Pöbel teil, der sich am Angriff auf die Polizei beteiligte. Nach kurzem Kampfe wurden die Demonstranten zerstreut.

Nach etwa einer halben Stunde versammelten sich die Studenten wiederum, wobei sie regierungsfeindliche Rufe laut werden ließen. Als die Polizei heranrückte, schlossen die Demonstranten ihre Reihen, und es stellte sich heraus, daß die zunächst stehenden Studenten mit Messern und Bajonetten bewaffnet waren. Es kam zu einem Zusammenstoß, wobei ein Polizist einen Bajonettschlag und ein Kommissar am Fuß eine Stichwunde erhielt. Außerdem wurden noch zwei weitere Polizisten verletzt. Die berittene Polizei verletzte durch Säbelhiebe sechs Studenten und ferner fünf zufällig Vorübergehende, darunter zwei Frauen. Darauf zogen sich die Demonstranten in die Seitenstraßen zurück, von wo aus sie die Polizei mit Steinen bewarfen. Etwa 30 Personen wurden verhaftet.

Vor den Zusammenstößen waren Flugblätter mit einem Protest des Verbandes der demokratischen Jugend gegen den Terror der streikenden Studenten verteilt worden. Eine Sonderausgabe des nationaldemokratischen Lemberger „Kurjer Poranny“ wurde viermal beschlagnahmt. Erst die fünfte Ausgabe wurde nicht beanstandet. Charakteristisch ist, daß in dem Leitartikel, dessen Verfasser der Unterrichtsminister im Chjeno-Piast-Kabinet Stanislaw Grabki ist, Angriffe gegen die Behörden enthalten sind, die nach Grabkis Meinung die „idealen Kundgebungen“ der Jugend nicht hätten unterbrechen sollen. Der Verfasser solidarisiert sich mit den Ausschreitungen der Studenten.

Minister Skladowski in Lemberg.

Warschau, 8. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Innenminister General Skladowski begab sich gestern im Flugzeug nach Lemberg, wo er mit dem Wojewoden Golschowski eine Konferenz abhielt. Im Anschluß hieran lud er den Chef der Sicherheitsabteilung, Rogowski, und den Lemberger Starost Klotz zu sich. Nachdem er mit ihnen längere Zeit konferiert hatte, flog Minister Skladowski wieder nach Warschau zurück. Der Minister informierte sich in Lemberg über den Verlauf der Unternehmung in Sachen der Vorfälle am Fronleichnamstage und traf die notwendigen Anordnungen, um sämtliche Unruhen in Lemberg endgültig zu liquidieren.

Gestern wurde der nationaldemokratische „Zwowski Kurjer Poranny“ viermal beschlagnahmt. Der Direktor der Druckerei, in der das Blatt hergestellt wird, wurde verhaftet. Desgleichen einige Redaktionsmitglieder des „Zwowski Kurjer Poranny“, in dem die polizeiliche Haus-suchung bis in die späte Nacht hinein gedauert hatte.

Die amtlichen Feststellungen.

Warschau, 10. Juni. Aus dem Innenministerium wird gemeldet:

Minister Skladowski, der sich am Freitag nachmittags im Flugzeug nach Lemberg begeben hatte, stellte fest, daß dort 42 Zeugen vernommen wurden, die an der Fronleichnamspolizei am 2. Juni teilgenommen hatten oder Zuschauer waren. Das Ergebnis der bisherigen, sowohl von den Verwaltungsbehörden als auch vom Kurator des Schulbezirks durchgeführten Ermittlungen rechtfertigt die Überzeugung, daß von einem bewußten Willen irgend einer Provokation oder Profanierung der religiösen Feier durch jüdische SchülerInnen nicht die Rede sein kann.

Der Minister hat festgestellt, daß die Reaktion auf das Verhalten der SchülerInnen erst am nächsten Abend erfolgte, daß sich zu dieser Zeit eine ansehnliche Gruppe der akademischen Jugend versammelte und, bevor die Polizei intervenieren konnte, in das Gebäude der Redaktion der „Chwila“ eindrang, wo sie die Redaktionseinrichtungen zerstörte. Nach einer Beschreibung der von den polnischen Studenten verübten Ausschreitungen schließt der Bericht:

„Diese Ereignisse haben die Verwaltungsbehörden gezwungen, eine Reihe von Verhaftungen vorzunehmen. Die Verhafteten wurden den Gerichtsbehörden übergeben, die vier Personen wieder auf freien Fuß setzte, 28 Personen aber im Untersuchungsgefängnis behielt. Der Minister hat an Ort und Stelle energische Maßnahmen angeordnet, um es zu weiteren Exzessen nicht kommen zu lassen und jeglichen Versuch von Demonstrationen im Interesse der öffentlichen Ordnung mit aller Entschiedenheit im Keime zu ersticken.“

Der Bericht der Young-Konferenz. Inhaltsübersicht.

Berlin, 9. Juni. (WTB.) Der in Paris unterzeichnete Bericht des Sachverständigenausschusses über die Tributfrage zerfällt in zwölf Abschnitte, über deren wesentlichen Inhalt folgendes bekannt wurde.

1. Ernennung — Auftrag und Zusammenlegung der Konferenz.

Der Bericht macht zunächst einleitende Ausführungen über die Ernennung der Sachverständigen durch die Reparationskommission und die deutsche Regierung, sowie den die Sachverständigen erteilten Auftrag, Vorschläge für eine vollständige und endgültige Regelung des Reparationsproblems anzuarbeiten. Er bringt dann eine namentliche Aufzeichnung aller Mitglieder und erwähnt die während der Tagung durch den Tod Lord Revelstokes und das Ausscheiden Herrn Bäckers eingetretenen Veränderungen.

2. Sitzungen des Ausschusses.

Nach kurzer Beschreibung der siebenwöchigen Verhandlungen in einem Hauptauschuß und mehreren Unter-ausschüssen beschäftigt sich der Bericht eingehender mit der Einstellung des Ausschusses zu seiner Aufgabe.

3. Einstellung des Ausschusses.

Es wird ausgeführt, daß die Sachverständigen in gleicher Weise wie die Mitglieder des Dawes-Komitees als Geschäftsleute an ihre Aufgabe herangegangen und das unvollständige Werk der früheren Konferenzen durch eine Umwandlung der Reparationsfrage aus einer politischen in eine kommerzielle Verpflichtung zu fördern versucht hätten. Dabei sei man zu dem Ergebnis gekommen, daß es nicht möglich sei, eine Lösung auf rein wirtschaftlicher Grundlage zu finden, weil sich die Sachverständigen gewissen finanziellen und politischen Notwendigkeiten gegenüber gesehen hätten, deren Berücksichtigung nicht vermieden werden konnte. Die Entscheidung hätte daher nicht nur auf wirtschaftlichen Erwägungen aufzubauen werden können, man habe vielmehr bis zu einem gewissen Grade auch politische Zweckmäßigkeitsgründe berücksichtigen müssen. Wenn man sich auch über die grundlegenden Schlussfolgerungen und Vorschläge des Berichts einig geworden sei, so bedeute dies noch nicht, daß der Wortlaut des Berichts in jedem einzelnen Punkt die genaue Schattierung der von den einzelnen Mitgliedern oder Ländergruppen vertretenen Meinungen wiedergebe. Man habe gemeinsam versucht, eine Einrichtung zu schaffen, die im Wege freimütiger Zusammenarbeit auf internationaler Grundlage dazu dienen solle, die aus der Kriegszeit herrührenden Vorurteile und Reibungsflächen zu beseitigen.

4. Prüfung der deutschen Wirtschaftslage.

Der folgende Abschnitt beschäftigt sich eingehend mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage und den Zukunftsmöglichkeiten Deutschlands, wobei die wertvolle Mithilfeleistung der verschiedenen Instanzen, die hierüber im einzelnen Aufschlüsse geben könnten, hervorgehoben wird. Insbesondere wurde angeführt, daß die Betrachtungen, die von den deutschen Sachverständigen in den zahlreichen Erörterungen des Ausschusses und in Verantwortung der an sie gerichteten Fragen angestellt worden seien, die Schlussfolgerungen des Ausschusses dauernd und nachhaltig beeinflusst hätten.

Die deutschen Sachverständigen haben dem Ausschuss erschöpfende Auskunft über den Bedarf der deutschen Wirtschaft an ausländischem Kapital in den letzten Jahren, sowie über die Umstände gegeben, die nach ihrer Meinung der Deckung des Bedarfs entgegenwirken; sie haben sich insbesondere über die deutschen Vermögenswerte im Ausland und die Wiederherstellung der Läger und des Produktionsapparates des Landes geäußert.

Der Ausschuss stellte Erörterungen über die Produktivität des angelegten Kapitals, sowie Vergleiche zwischen der Steuerlast und der öffentlichen Schuldenlast in Deutschland und in den anderen Ländern an. Die deutschen Sachverständigen machten vor dem Ausschuss Ausführungen über die gegenwärtige Lage der deutschen Industrie und der deutschen Landwirtschaft, die allgemeine Lohnhöhe, den Haushalt, die Zahlungsbilanz, die finanzielle Auswirkung der Entschädigungen an deutsche Staatsangehörige, den Einfluß der ausländischen Zollmannern auf den deutschen Handel und die besondere Lage eines Industrielandes wie Deutschland, das sein Betriebskapital zu erziehen hatte und zu gleicher Zeit die Last schwerer internationaler Verbindlichkeiten übernehmen mußte.

Die deutschen Sachverständigen legten besonderen Nachdruck auf die Frage der Deutschland innerhalb und außerhalb seiner Grenzen zur Verfügung stehenden natürlichen Hilfsquellen und deren Bedeutung für Deutschlands Zahlungsfähigkeit.

Unter den Entwicklungsmerkmalen, die sich bei einem Überblick auf die letzten fünf Jahre am stärksten abzeichneten, sei besonders auf die Steuerkraft, die Transfermöglichkeit, den Einfluß ausländischer Anleihen und die

Wiederherstellung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands

hinzuwiesen. Während in dieser Hinsicht die nichtdeutschen Sachverständigen zu der Ansicht gekommen seien, daß die Fähigkeit Deutschlands, jährliche Summen in der Größenordnung des Dawesplanes im Wege innerer Besteuerung

oder Anleiheaufnahme aufzubringen, nicht ernstlich in Zweifel gezogen werden könne, hätten die deutschen Sachverständigen die Auffassung vertreten, daß das ausländische Kapital, das in den letzten fünf Jahren nach Deutschland geströmt sei, die finanzielle Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nur vorübergehend gesteigert habe, und daß die tatsächlich während dieses Zeitraumes erhobenen Steuern zu einem beträchtlichen Teil aus der Substanz bezahlt worden seien, so daß es sehr zweifelhaft erscheine, was Deutschland überhaupt aus Überschüssen seiner Wirtschaft zahlen könne.

Demgegenüber kam der Ausschuss in seiner Gesamtheit zu dem Ergebnis, daß, wieweit auch immer die Unsicherheit über die Steuerfähigkeit als in der Zwischenzeit beseitigt angesehen werden mag, jedenfalls hervorgehoben werden müsse, daß er nicht in der Lage sei, aus der tatsächlichen Entwicklung der letzten vier oder fünf Jahre einen endgültigen Schluss auf die wirkliche Transferfähigkeit Deutschlands zu ziehen.

Es folgen dann Angaben über die

ausländische Kapitaleinfuhr nach Deutschland,

aus deren Höhe die deutschen Sachverständigen den Schluss zogen, daß die Kapitalbildung in Deutschland den vorhandenen Bedarf nicht gedeckt habe und auch in Zukunft nicht decken könne und daß daher die Forderung der Begleichung regelmäßiger Annuitäten der im Dawesplan vorgesehenen oder auch weissen niedrigeren Beträge von der fortwährenden Fähigkeit Deutschlands, im Auslande zu bergen, abhängig sei. Dies aber bedeute eine mittelbare Leistung aus der deutschen Substanz. Die nichtdeutschen Sachverständigen hätten demgegenüber betont, daß es sich bei den vergangenen Jahren nur um eine Übergangsperiode gehandelt habe und daß der in ihr durchgeführte Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft erheblich höhere Werte als die von Deutschland geborgten Summen geschaffen habe. Diese Übergangsperiode sei nunmehr abgeschlossen, und man sehe jetzt einem langen Zeitraum entgegen, in dem der deutsche Kapitalbedarf verhältnismäßig niedrig sein und die wiederhergestellte deutsche Produktionskraft eine ständige Ausdehnung des Exports ermöglichen werde.

Wie dem auch sei, jedenfalls sei eine endgültige Festsetzung der deutschen Schuld, die Deutschland unter Ausschaltung des vorhandenen politischen Mechanismus auf Grund eigener Verantwortlichkeit zu zahlen habe, für seinen Kredit und die Entfaltung seiner Kräfte zweifellos von Vorteil.

Mit dem Ergebnis der Konferenz glaubte man, allen Bedürfnissen Deutschlands gerecht geworden zu sein, zumal auch für die Zeit vorübergehender Schwierigkeiten durch die Möglichkeit eines Transfers und eines Aufbringungsaufschubs Vorsorge getroffen worden sei.

5. Gang der Verhandlungen.

Der fünfte Abschnitt gibt ein Bild über die wesentlichen Einzelheiten des Verhandlungsganges, der aus der Presse bekannt ist, und der daher hier nicht noch einmal wiederholt zu werden braucht. Über den Abschluss der Konferenz wird gesagt, daß man sich schließlich vorbehaltlich gewisser Einzelheiten, zu denen auch die belgische Markfrage gehöre, auf eine Durchschnittsannuität von 2050,6 Millionen Goldmark geeinigt habe, die die Basis für die ausgearbeiteten Vorschläge des Ausschusses bilde.

6. Bank für internationale Zahlungen.

Alsdann wird im Abschnitt 6 näher auf die neu zu gründende internationale Bank eingegangen, die angesichts des finanziellen Charakters des Tributproblems für die Durchführung der zahlreichen mit ihm verbundenen bankmäßigen Aufgaben erforderlich sei. Der mit dem Dawesplan begonnene Prozeß der Überleitung des Tributproblems von dem politischen auf das finanzielle Gebiet wird so einen Schritt weitergebracht. Die Bank wird die ganze Arbeit der äußeren Verwaltung leisten, wie den Empfang und die Verteilung der Zahlungen und die Kommerzialisierung derjenigen Teile der Annuität, welche kommerzialisieren werden können.

Die Tätigkeit der Bank wird der gewöhnlichen geschäftlichen und finanziellen Praxis angepaßt werden. Ihre Organisation wird außerhalb des Gebietes politischer Einflüsse liegen und ihre Befugnisse und ihr Wirkungsbereich werden weit genug sein, um sie zu befähigen, die mit der Regelung der deutschen Verpflichtungen verbundenen Probleme mit der nötigen Freiheit und Schnelligkeit zu behandeln. Die Gläubiger werden eine weitere Sicherheit haben, daß die Auswirkungen wirtschaftlicher Veränderungen auf den Fluß der Zahlungen so weit als möglich beschränkt werden und Deutschland andererseits wird in Zeiten vorübergehend ungünstiger Verhältnisse die Möglichkeit einer Unterstützung haben. Wir nehmen an, daß sich die Bank bei verständiger, gegenseitiger Konkurrenz möglichst vermeidender, finanzieller Entwicklung als eine nützliche Einrichtung für die Erschließung neuer Handelsgebiete erweisen wird und so zur Lösung des besonderen deutschen Problems beitragen wird.

Die Kontrolle über die Geschäftsführung der Bank solle in Händen der Zentralbanken der beteiligten Länder liegen, deren Präsidenten von Amts wegen Mitglieder des Verwaltungsrats der Bank werden sollten. Durch die Ernennung je eines weiteren Mitgliedes von Seiten jedes Landes und der Entsendung je eines besonderen dritten Vertreters von Frankreich und Deutschland werde die Zahl der Mitglieder des Verwaltungsrats zunächst bis zu 16 betragen. Diese hätten ihrerseits das Recht, sich durch Zuwahl weiterer neun Mitglieder zu ergänzen. Das Stimmrecht soll von dem Besitz der Anteile losgelöst sein und in verhältnismäßigem Umfange den Zentralbanken der Länder zustehen, in denen die Emissionen der Anteile durchgeführt worden sind. Nähere Einzelheiten über den Aufbau und die Aufgaben der Bank sind in einer Anlage enthalten.

Die Zentralbanken der sieben durch ihre Vertreter an dem Sachverständigenausschuss beteiligten Länder sollen, unter Umständen unter Zuzugung der Zentralbanken anderer Länder, die an der Reparationsfrage interessiert sind, das Kapital zeichnen, wobei auf die sieben Länder zusammen nicht weniger als 55 Prozent entfallen dürfen. (Schluß folgt.)

Neue Arbeit für Parker Gilbert.

Der Sachverständigenbericht sieht als eine der Auswirkungen der endgültigen Tributregelung das Aufheben aller Kontrollmaßnahmen vor, die sich aus dem Dawes-Plan ergeben haben. Wenn der neue Zahlungsplan am 1. September in Kraft tritt, wird der Reparationsagent aufhören zu fungieren, und Parker Gilbert muß dann Deutschland verlassen.

Wie die „Voss. Zeitg.“ erzählt, ist dem bisherigen deutschen Tributkommissar aber bereits ein neuer Wirkungs-

kreis zugesichert worden, nämlich als Vorsitzender des Organisationskomitees, das zur Hälfte aus Deutschen, zur anderen Hälfte aus Vertretern der Gläubigerländer zusammengesetzt werden soll, und zu dessen Aufgabe die Organisation der neu zu gründenden Reparationsbank, die Ausarbeitung der Richtlinien für die Sachlieferungen und für die Neuordnung des Verpflichtungsverhältnisses der Deutschen Reichsbahn zu den Tributgläubigern gehören wird.

Hugenberg's Unannehmbar.

Berlin, 9. Juni. Dr. Hugenberg, der Vorsitzende der Deutschnationalen, d. h. also nach englischen Begriffen der Leader der deutschen parlamentarischen Opposition, hat gestern den Berliner Vertreter der „International News Service“ empfangen, der ihn um sein Urteil über das Ergebnis der gestern abgeschlossenen Pariser Verhandlungen bat. Dr. Hugenberg hat die an ihn gestellten Fragen wie folgt beantwortet:

„Der Versuch, dem die ersten Finanzsachverständigen Amerikas ihre Hilfe leisteten, eine endgültige Lösung der Reparationsfrage zu finden, ist ohne Erfolg geblieben. Das Ergebnis von Paris, das noch weit über dem von D. Young vorgeschlagenen Kompromißvorschlag hinausgeht, ist kein wirtschaftliches Gutachten, dem die Leistungsfähigkeit Deutschlands zugrunde liegt, sondern ein politischer Vertrag, der auf den Forderungen unserer Gläubiger aufgebaut ist. Diese Forderungen sind fast restlos durchgeführt worden.“

Die Zahlungen, die Deutschland auf Grund dieses Pariser Vertrages zu leisten hätte, gehen zum Teil

weit über die Forderungen des Versailler Vertrages hinaus.

Dabei war der Versailler Vertrag auf der Behauptung von der Alleinschuld Deutschlands am Kriege aufgebaut, eine Behauptung, die infolge der Öffnung vieler Archive und der Forschungen berühmter Gelehrter, darunter der ersten amerikanischen Geschichtsforscher, längst widerlegt ist. Nach diesem Vertrage hat Deutschland die der Zivilbevölkerung der Alliierten zugefügten Kriegsschäden und die den Kriegsteilnehmern und Verwundeten zu zahlenden Pensionen und Renten wiederzuerstatten. Diese Forderungen sind aber durch die bisher geleisteten Zahlungen, die vorsichtig auf 50 Milliarden zu berechnen sind, vollkommen ausgeglichen. Von einer zusätzlichen Zahlung der Schulden der Alliierten an Amerika, wie sie jetzt in Paris festgesetzt ist, war im Versailler Vertrage nicht die Rede, geschweige denn in den vierzehn Punkten Wilsons, auf Grund deren Deutschland die Waffen niederlegte.

Das Ergebnis ist kein endgültiges, weil Deutschland die ihm in dem Pariser Abkommen auferlegten Tributlasten nicht zu tragen vermag. Da auch die Voraussetzungen, die eine Steigerung seiner Leistungen ermöglichen könnten, nicht geschaffen sind, so wird Deutschland wie bisher die Tributlasten nur von geborgtem Gelde zu leisten vermögen. Die Krise des Dawes-Planes, die nach dem Urteil aller Sachverständigen binnen kurzem zu erwarten war, ist durch die ungewollte Änderung der Jahresleistungen nur vertagt. Die Gefahr einer Wirtschaftskrise und einer Währungsreform in Deutschland ist bestfalls nur verschoben.

Sollte eine deutsche Regierung es über sich bringen, trotz der Erkenntnis der Unerfüllbarkeit ihren Namen unter einen Vertrag zu setzen, dem die Bedingungen von Paris als Unterlage dienen, so wäre diese Unterschrift eine Unehrlichkeit.

Die Vereinigten Staaten von Amerika, die ihre guten Dienste für eine alle befriedigende Lösung der Reparationsfrage zur Verfügung gestellt haben, dürfen sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß die Gefahr eines deutschen wirtschaftlichen Zusammenbruchs und seiner Auswirkungen nicht behoben ist. Die Anleihen, die Deutschland auch noch weiter zur Verfügung gestellt werden, verschleiern die Krise und fördern die Verschuldung der deutschen Wirtschaft, ermöglichen aber keinen Wiederaufbau. Sie nützen daher Deutschland nichts. Unter der Last der Pariser Abmachungen ist Deutschland nicht in der Lage, diese Anleihen zurückzahlen.

Auch aus der amerikanischen Presse klingt uns schon das Gefühl entgegen, das heute Millionen deutscher Herzen bewegt: Sind wir lebenden Deutschen, ist überhaupt irgend jemand in der Welt vor Gott und der Geschichte berechtigt, noch ungebornen deutschen Geschlechtern auf fast sechzig Jahre hinaus Milliardenlasten von Tributen aufzuerlegen und sie der Not und der Unfreiheit preiszugeben?

Macdonalds Gedanken.

Aus einer Plauderei des erfolgreichen englischen Arbeiterführers mit sozialistischen Journalisten.

Am Sonnabend nachmittag, als die Wahlergebnisse bereits bekannt waren, hat Ramsay Macdonald in seinem in Hamstead, einem Vororte Londons gelegenen, von Gärten umgebenen idyllischen Heim einige Vertreter ausländischer sozialistischer Blätter empfangen. Er plauderte zwanglos mit den gesinnungsverwandten Herren und Damen, die ihn mit Fragen bestürmten, welche er teils mit allgemeinen Redensarten beantwortete, die den sozialistischen Gästen nicht fremd waren, teils aber auch mit recht interessanten, inhaltsvollen Äußerungen.

Nach einem Spezialbericht des Warschauer „Robotnik“ gab Macdonald über die Richtlinien der Außenpolitik der Arbeitspartei folgende Auskunft:

„Die von uns im Jahre 1924 begonnene Arbeit wurde unterbrochen. Locarno und der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund waren noch eine Fortsetzung unserer Arbeit. Doch damit ist sie zum Schluß gekommen. Wir sind für die Politik der aktivsten Zusammenarbeit mit dem Völkerbunde, für den Ausbau des Schiedsgerichtssystems und für die Beschleunigung der Vorbereitungsarbeit der Abrüstungskommission.“

Der auf die deutschen Tribute bezüglichen Frage wird Macdonald geantwortet: „Meine Herrschaften, darauf kann ich nicht antworten, da ich noch nicht Premier bin. Übrigens, in der internationalen Politik kann man nicht im Voraus einen Feldzugsplan entwerfen. In der gegenwärtigen Situation Europas muß man behutsam und geschickt vorgehen. Wir werden damit anfangen, die Stimmungen zu studieren, Bekanntschaften zu schließen. Es wäre sinnlos, sich in diesen Sachen an ein Dogma zu halten. Man soll die Dinge nicht dogmatisch in eine ausganglose Situation hineindrängen. Man muß alles im Fluß erhalten, keinen Augenblick in der Bemühung um die beste Festlegung des Friedens innehalten, das größtmögliche Maß an gutem Willen zeigen.“



Zu der von einer dänischen Dame aus Lapet gebrachten Abbrüstungsfrage äußerte sich Macdonald entschieden und klar: „Ich möchte nicht einzelne Länder nennen und den Eindruck der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten erwecken. Ich meine aber, daß die völlige Abrüstung für kleine Staaten die beste Friedensgarantie ist. Diese Staaten werden für noch so viel Geld sich nicht so rüsten können, daß sie ihres Schicksals gewiß und imstande sein würden, den Großmächten standzuhalten. Sie werfen bloß ihr Geld hinaus. Übrigens glaube ich, daß auch die Großmächte eine größere Sicherheit ohne Rüstungen, als durch Rüstungen erlangen werden.“

Im Laufe des Gesprächs nahm Macdonald die Gelegenheit wahr, um den Frauen, deren Beteiligung an den Wahlen für die Labour-Party so erprießlich war, warme Anerkennung zu zollen, wobei er die junge Engländerin von heute folgendermaßen charakterisierte: „Die junge Frau von heute — ist ein ganz unabhängiges Wesen. Das ist nicht mehr die Frau von vor 20 Jahren — die in Kleidung und Bildung vernachlässigt war und nur daran dachte, an den Mann zu kommen. Heute ist sie selbstlicher, kleidet sich gut, lebt selbständig und fordert für sich Achtung. Das junge Mädchen von heute — ist ein interessantes Problem. Ich habe die Absicht, darüber eine psychologische Skizze zu schreiben.“ (Hier ist zu bemerken, daß Macdonald über seine, vor einigen Jahren verstorbene Gemahlin, eine sehr bedeutende Frau, ein schönes Buch geschrieben hat. Ein Politiker, der sich mit Liebe und Verständnis in die Frauenpsychik zu vertiefen vermag, wird vielleicht — hoffen wir es! — das Zeug haben, etwas mehr Seele und Menschlichkeit im internationalen Geschäft, in welchem veraltete Gehirne und verdorrte Herzen so unheilvoll wirken, zur Geltung kommen zu lassen.)

John Bull und Marianne.

Einen bemerkenswerten Ausfall gegen das generöse und selbstlose Frankreich leistet sich die Londoner Wochenschrift „John Bull“, ein in über einer Million verbreitetes Journal, das früher als schärfster Deutschensprecher bekannt war.

„John Bull“ schreibt an führender Stelle: „Jeder, der sich noch irgendwelchen Illusionen über den Zweck des Weltkrieges hingibt, sollte die Äußerungen beachten, die Herr Churchill vor einigen Tagen machte. Es ist nicht allein die Tatsache, daß wir 246 600 000 Pfund Sterling an Amerika gezahlt und nur 33 700 000 Pfund Sterling von unseren ehemaligen europäischen Verbündeten erhalten haben, die so besonders augenfällig ist, nein etwas viel Erstaunlicheres und Unheilvoller wird hier aufgeworfen. Die Gebühr für den Transport britischer Truppen auf französischen Eisenbahnen, sagte Herr Churchill, beträgt 25 500 000 Pfund Sterling. Wir zahlen von dieser Summe 17 500 000 Pfund Sterling an Frankreich in bar und erhalten durch besonderes Entgegenkommen die Vergütung, die restlichen 8 000 000 Pfund Sterling von der Kriegsschuld Frankreichs an England abzuschreiben zu dürfen!“

Es ist niemals behauptet worden, daß wir in den Weltkrieg traten, weil England sich angegriffen fühlte. Man hat uns immer erzählt, daß wir in den Krieg gingen, um Frankreich und Belgien zu helfen. Die Moral dieser erstamlichen Eisenbahnforderung scheint die zu sein, daß für den gewöhnlichen englischen Soldaten der Krieg nur aus Patriotismus geführt wurde. Für Frankreich scheint der Patriotismus aber ein lohnendes Geschäft zu sein. Deshalb bedeutet es wirklich allerhand, wenn wir hören, daß Frankreich keine Zahlungen für den Grund und Boden verlangt, wo sich die britischen Soldatengräber befinden. Wir müssen dankbar sein...“

Troški an Macdonald.

Wie aus Stambul gemeldet wird, hat Troški am Sonnabend vormittag folgendes Telegramm an Ramsay Macdonald gerichtet:

„Wegen dringender ärztlicher Behandlung und wegen wissenschaftlicher Arbeiten bitte ich den hiesigen englischen Konsul um die Einreisegenehmigung nach England. Leon Troški.“ Gleichzeitig ließ er durch seinen Sohn dem dortigen englischen Konsul ein schriftliches Gesuch um das englische Passivum überbringen.

Aus anderen Ländern.

Japanische Massenauswanderung nach Südamerika.
Im laufenden Jahre wird mit einer besonderen Steigerung der japanischen Auswanderung nach Südamerika gerechnet. Die Regierung in Tokio selbst bringt fast 7 Millionen Mark zur Unterstützung von 20 000 besonders hilfsbedürftigen Auswandererfamilien auf. Sie werden sämtlich nach Südamerika und fast ausschließlich nach Brasilien gebracht. Dort kommen sie durchweg auf den großen Kaffeeplantagen des Landes unter, die eine für Europäer fast unmögliche, für Japaner aber durchaus zuträgliche Arbeitsgelegenheit gewähren können. Die japanischen Auswanderer sind ihrem Heimatlande für alle Zeiten verloren. Sie treten die weite Reise meist mit ihrem gesamten Anhang an und raffen sowie von ihrem beweglichen Besitz zusammen, wie sie nur irgend mitführen können. Die Überbevölkerung des Landes zwingt die Regierung zur Unterstützung der Auswanderung, wenn man ihren Hauptstrom aus politischen Gründen auch auf die Mongolei, Korea und andere asiatische Gebiete zu lenken strebt. Die Masse der Auswanderer sind Landarbeiter. Der gelernte Industriearbeiter stellt nur einen geringen Anteil.

Tagung der Gottlosen.

Moskau, 8. Juni. (P.A.). Eine Organisation der Gottlosen veranstaltet in Moskau in der kommenden Woche eine allgemein-sozialistische Tagung. Das Programm sieht u. a. die Eröffnung eines antireligiösen Zentralmuseums in Moskau vor. Dies wird das 15. Museum dieser Art in Sowjetrußland sein.

Für die schlanke Linie, bei Magen- und Darmstörungen, Erkrankungen des Herzens, der Blutgefäße, Nerven, des Stoffwechsels und der Beckenorgane der Frauen.

Kissingen Rakoczy

Maus-Kuren?
In Apotheken und Drogerien.
Broschüren gratis:
Michael Mandel
Poznan, Masztalarska nr. 7.

Dietrich
Die Geburt eines Sohnes zeigen an
Herr Strübing
und Frau Lotte geb. Böning.
Stolno, den 6. Juni 1929. 7838

Zeichnungen und **Stoffmalereien**, **Stidereien** in bunt und weiß, Anfertigung von **Wäsche** f. D. u. S., **Hohlsaum**, **Knopflöcher**, **Monogr.** in bester Ausführung, bei **Frau M. Gessler**, Promenada 1. 3015

Junge Mädchen, welche die feine **Damen Schneidererei** erlernen wollen, können sich melden **Jagiellońska 44, 1 Tr.**
Röchin und eben solches **Stubenmädchen** für kleinen Gutshof gesucht.
Frau Dr. Schlotte, Schöneberg a. d. W. (Freie Stadt Danzig.)

Gesucht zum 15. Juni oder 1. Juli perfektes **Stubenmädchen** Zeugnisse u. Gehaltsansprüche zu senden an **Fischer, Kurkocin**, Post Wielkie Radowiska, Kreis Wąbrzeźno. 7760

Suche f. Landhaushalt evang., älter., ehrliches **fleißiges Mädchen** das Koch., I., Febr., und Küchenarb. über. Angeb. mit Zeugn. u. Gehaltsanspr. erb. 3405 Ossoliński 9, 1 Tr. z.

Zum 15. Juni sol. ehrl. **Mädchen** zu mein. Unterstüfung gesucht, w. einige Kochkenntnisse besitzt u. 7-8 Rüche mitm. Dienstmädchen vorhand. Gehalt 55 z. mon. Offerten unter **Z. 7878** an die Geschäftsstelle d. Ztg. erb.

Ein Mädchen das selbständig kochen kann, an Stelle des erkrankten von sofort gesucht.
Secht Nachf., Gdanska 19. 7897

Stellengesuche

Junger Sörster Reichsdeutscher, ledig, der deutsch. sow. poln. Sprache in Wort und Schrift mächt., Waldhornbl., gut. Schülze und Raubzeugwertig., zuletzt im Staatsforst tätig gew., sucht, gest. auf gute Zeugnisse und Empfehlung., bei niedrigen Gehaltsanspr. von sofort oder später Stellung. Offerten unter **Z. 7878** an die a. d. Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Infolge Einstellung des Betriebes der hies. Gen.-Brenn. suchen wir für unsem **Brennereiverwalter** per 1. 7. od. 1. 10. anderw. Stelle. Derj. vorh. 13 Jahre hier. Off. u. C. 7892 an die Geschäftsst. d. Z.

Lüchtig. Kellner mit langjäh. Prax., der deutsch. u. poln. Spr. in Wort u. Schr. mächtig, sucht Stellung in ein. größer. Restaur. Offerten unter **A. 3401** a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

Chauffeur gel. Schlosser, anständ. u. nicht., der während der Freizeit auch in d. Werkstat arb. l., sucht Stellg. Off. u. B. 3358 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Gelernt. Schmied ev., 23 J., alt, militärfrei, sucht bei beiseid. Ansuchen Stellung als **Chauffeur**. Gehl. Angeb. unt. **Z. 100** an die Gazeta Nowska, Nowe Pomorz. erb.

Gärtner 40 J., alt, mit gut. Zeugnissen u. Empfehlung., sucht sol. od. später gute dauernde Stellung. Gehl. Offert. u. **Z. 7874** an die Geschäftsst. d. Z. Suche vom 1. Septemb. ab Stelle als **Hauslehrerin**. Angebote unt. **M. 7698** a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

Bildetes junges Mädchen 23 Jahre alt, sucht per 1. Juli Stellung zur Unterstützung d. Hausfrau in nur bejemem Hause, wo Dienstmädchen vorhanden. Familienanschluß Bedingung. Suchende war bereits ein Jahr in ahnl. Stellung. Angebote unter **Z. 7832** an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Suche f. meine Tochter, 18 Jahre alt, Enzeum, 1 Jahr Haushaltungsschule im größeren Haushalt, möglichst a. dem Lande, Stellg. als **Hausstochter** mit Familienanschluß bei vollst. freier Stat. u. monat. Taschengeld. Angeb. erb. an **Jungen**. **B. Schulz**, Bydgoszcz Sw. Trójcy 10. 7822

Buchhalterin vertr. mit sämtl. Arten Buchf., poln. u. deutsch. Stenogr. sow. Korresp., sucht Stellg., a. liebt in Bydg. Off. unt. **Z. 3400** a. d. Geschäftsst. d. Ztg. Suche p. sof. Stellung als **Stübe oder Hausstochter**. Juan. vorhd. Angeb. u. **Z. 7852** an Ann.-Exp. **Waltis, Torun.** 7756

Die bevorzugte Wahl von führenden Persönlichkeiten der ganzen Welt...



Die edlen Linien der Karosserie und die elegante Form des Kühlers erregen überall höchste Bewunderung

Buick überwindet selbst die schwierigsten Straßenverhältnisse

Die Verbindung seines weltberühmten Motors mit einer außergewöhnlich schönen und eleganten Karosserie begründete den Siegeslauf des Buick über die ganze Welt.

Kraftvoll, schnell und elegant eignet sich der Buick für den Stadtverkehr in gleicher vorzüglicher Weise wie für längste Überlandfahrten auf schlechten Straßen. Seine überragenden Vorzüge machen ihn zur Wahl aller führenden Männer, die neben Schönheit der äußeren Erscheinung Schnelligkeit, große Kraftreserven und restlose Zuverlässigkeit verlangen.

Eine Probefahrt bei Ihrem nächsten autorisierten General Motors Händler überzeugt Sie von den außerordentlichen Vorzügen des Buick, die in 25 jähriger Arbeit bis zum letzten Grad der Vollkommenheit entwickelt wurden. *Erzeugnis der General Motors.*

Autorisierte Händler in ganz Polen und der Freien Stadt Danzig.

BUICK

GENERAL MOTORS w POLSCE, WARSZAWA

Zurückgekehrt
Dr. H. Semrau
Spezialarzt für Hals-, Nasen-, Ohrenkrankheiten.
Danzig, Langgasse 58. 7887

Photografien zu staunend billigen Preisen 7373
Passbilder sofort mitzunehmen
nur Gdanska 19.
Inh. A. Rüdiger. Tel. 120.

Bydgoszcz. Tel. 18-01
Dr. v. Behrens bearbeitet allerlei Verträge Testamente, Erbsch. Auffassungen, Hypothekenlöschung., Gerichts- u. Steuerangelegenheiten.

Promenada nr. 3, beim Schlachthaus.
Herrn Gustaf Cwi fordere ich hiermit auf, ihre bei mir verpfändeten Sachen bis 24. 6. 29 abzuholen, andernfalls ich dieselben gegen Berechnung als mein Eigentum ansehe.
3412 **Emma Lünser.**

Heirat
Ich erhebe **Liebesheirat** mit charakterfest. Herrn in guter Position. Bin 22 Jahre, schön, schlant, ev., aus guter Familie, wirtschaftl., auch nicht arm. Ich habe abgeschlossene Enzeumbildg., hellblond, subtil od. ein heiter. Weisen. Ernstgemeinte. Bildofferten unter **Z. 7893** an die Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Heirat
Auf diesem nicht mehr unbetannt Wege luche ich in meinen Freund Gutsbei., 40 J., evgl., 250 000 z. Vermögen, das es dem-eiben an pass. Damenbet. liebt, Lebensgehrin, welche in der Lage ist, durch Beistand ein Guldheim zu gründen. Intella. Damen mit entspr. Vermögen, auch ig. Witwe u. Einb. trat angenehm. Vermittlung v. Verm. angenehm. Juch. n. Bild u. urenng. Distr. sind zu richt. u. C. 7894 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Heiratsgefuch!
Junger Herr, 24 Jahre, evangel., Vermögen 31 Morg. erklaf. Boden, wünscht die Bekanntschaft einer Dame mit Verm. zw. halb. Heirat. Offerten m. Bild unt. **Z. 7895** an d. Geschäftsstelle die. Ztg. erb.

Offene Stellen
Wirtschaftler (auch Invaliden) sucht von sofort **Z. Klettner**, M. Lniska, v. Nicwadb.
Auto Schlosser und jüngeren **Fahradmechaniker** sucht sofort **H. Niska**, Jablonowo Pom. Tel. 58.
Tüchtiger Fahrradmechaniker von sofort gesucht. **Fio. entrans**, Dhuga 5.

Tüchtigen Gattier- und Ladierergesellen stellt sofort ein **Hans Minge**, Wieg. ork Pomorz. 7883
Tücht. Ladierer stellt sofort od. später ein. **R. Jobram**, Wagenbau, Dziakowo. 7886
Fahradgeschellen stellt von sofort ein **H. Jinger**, 2100 Tüchlerei m. Kraftbet., Prufsz, pow. Swiecie.

1 tüchtigen 7805
Ofenseker sucht p. sof. **Schöpfer**, ul. Zduny 5.

Von sof. gesucht verheir. **Schweizer mit Scharwetter** zu 22 Milchkuhen und 22 Jungvieh. 7839 Gutsbei. **Egon Krause**, Lipinki, p. Koronowo, pow. Bydgoszcz.

Ledig. Welter sucht ab 15. Juni o. spät. 3371 **Seife**, Bydgoszcz Zawisze (Schloßlampe) pocata Ostronecta.
Mollerei-Lehring der Lust zum Fach hat, kann sofort eintreten. **Mleczarnia Spółdzielcza** z ogr. odp. **Strzyżew pw. Ostrzeszów** Zum 1. September 29 luche ich eine evangel.

Lehrerin (Chem.) mit poln. Unterrichtserlaubnis, für meine 9-jähr. Tocht. Meldungen m. Zeugn. nisabschr., Bild u. Gehl. Ansprüche bitte zu send. an **Frau Hildegard Koldorret**, Lubawa (Pomorz.).
Haushälterin gesucht zu 2 Kindern für 3. u. 4. Schuljahr. 7424 Rittergutsbesitzer **Müller, Górzno**, Schloß Górzno, p. Garzyn, powiat Lejzno.

Evang., pädagogische und erfahrene, zuverlässige **Kindergärtnerin** (am liebsten Schwester) mit chrill. Gefinnung z. 1. Juli f. 3 Anaben (5-2 Jahre) gesucht. Schneidertennnisse erwünscht. Angeb. mit Zeugnissen, Lebenslauf Bild u. Gehaltsanspr. unt. **A. 7853** an Ann.-Exp. **Waltis, Torun.**

Tüchtige Friseur in angenehme Dauerstellung b. höchst. Lohn vor. od. später gesucht. **Salon Wieland**, Chojnice, ulica Gdanska 17. 7879

Gebildetes junges Mädchen 23 Jahre alt, sucht per 1. Juli Stellung zur Unterstützung d. Hausfrau in nur bejemem Hause, wo Dienstmädchen vorhanden. Familienanschluß Bedingung. Suchende war bereits ein Jahr in ahnl. Stellung. Angebote unter **Z. 7832** an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Gut erzogene Landwirtschtochter sucht von sofort oder später Stellung als **Hausstochter** auf mittlerem Gut, Familienanschluß u. Taschengeld erwünscht. Offert. unter **B. 7876** an die Geschäftsstelle die. Ztg.

Suche Stelle 7775 als **Haus- oder Stubenmädchen**. War schon in Stellung. **Elli Mierse**, Snowrocław, Blac Klasztoru 6.
Suche sofort Stelle als **Stübe od. Hausstochter**, d. deutsch. u. poln. Spr. mächt. Zeugn. vorh. Off. u. **B. 3372** a. d. Geschäftsst. d. Z.

Wo kann ein ja. Mädch. durch Handarb. u. Näh. dienen? Erdl. Angeb. u. **Z. 3402** a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

Engl., 15jähr. Mädchen v. Lande luche Anfangsstellung i. städt. Haushalt in Bydgoszcz. 3386 **Hildegard Janert**, Prufsz, pow. Swiecie.

Möbl. Zimmer
Möbl. Zimm. an besser. Herrn zu verm. 3388 **Chrobrego 11, 1 Tr. z.**

Möbl. Zimmer
sep. Eing., v. 15. 6. z. vm. Gdanska 49, 3 Tr. 7836

Benlonen
Jung. Enzeallehrerin luche die groß. Ferien **Sandaufenthalt** auf mittlerem Gut zur Genierung der Wirtschaft. Erteilt evtl. Privatstunden. Gehl. Off. u. **B. 7884** a. d. G. d. Z. erb.

Badungen
Pachte oder Kaufe kleine **Wirtschaft** 2-5 Morgen Land, für Gärtnerei geeignet. **W. Schmidt**, Grudziadz ul. Gabr. Narutowicza 2

Tischlerei 7720
mit Maschinenbetrieb, Hobelbän., Handwertzeug usw., Wohnung, großen Nebenräumlichkeiten, Hof u. Land, zum 1. Juli d. J. in Nowe Pom., ul. Sadowa 11, zu verpachten. Offerten zu richten an **D. Bubiś**, Nowemiasto n. Drzewca.

Die Grasverpachtung der Strzelewo'er Wiesen
findet
Donnerstag, den 13. Juni, mittags 12 Uhr im Strzelewo'er Krug statt. 3324
Die Gutsverwaltung.

Wiesenverpachtung.
Die Verpachtung der Wiesen der Cukrownia Nakt. in Rucki findet am Dienstag, dem 18. Juni d. J., vorm. 10 Uhr statt. Treffpunkt 10 Kontor der Zuckerfabrik. Cukrownia Nakt. Tow. Ake. 7837